

Leserbrief zum geplanten Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte

Es ehrt den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Christian Fischer, dass ihm das „Schwalbacher Hemd“ näher ist, als der „Rock der hessischen Landesregierung“. Der Druck auf die hessische CDU-/FDP-Landesregierung kann nicht hoch genug sein, um sie von dem unverantwortlichen Plan, die Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte (NH) zu verkaufen, abzubringen.

Der Verkauf ist unverantwortlich gegenüber den Mietern und gegenüber den Kommunen in denen diese Mieter wohnen.

Sollte allerdings die hessische Landesregierung von ihren Verkaufsplänen nicht abzubringen sein, dann müssen alle politisch Verantwortlichen in Schwalbach handeln. Der große Schwalbacher Wohnungsbestand der Nassauischen Heimstätte in den Händen eines Investors, der die Wohnungen lediglich als Objekte der Profitmaximierung betrachtet, muss verhindert werden.

Dort, wo kleinere Wohnungsbestände schon die Eigentümer gewechselt haben, ist zu beobachten, wie nachteilig sich dies für Mieter ausgewirkt hat.

Bürgermeisterin Christiane Augsburg hat daher sehr verantwortlich gehandelt, als sie auf diesen Umstand hinwies und sich Gedanken machte, wie dies verhindert werden kann. Ob Schwalbach für eine Politik, die die Interessen der Mieter und der Städte berücksichtigt, und unter den anderen Kommunen weitere Mitstreiter findet, müssen dann die Gespräche zeigen. Dabei sind verschiedene Modelle (Beteiligungs-, Eigentümer-, Genossenschaftsmodelle) denkbar, bei unterschiedlicher finanzieller Beteiligung der Stadt. Dabei darf auch ein größeres finanzielles Engagement der Stadt kein Tabu sein.

Die sozialen Kosten sind ansonsten für die Stadt und das Zusammenleben um einiges höher.

Im Moment sollten daher alle CDU- und FDP-Mitglieder ihren Einfluss gegenüber der hessischen CDU-/FDP-Landesregierung geltend machen und den Verkauf verhindern.

Günter Pabst